

DAS ENDE VON FRIDAYS FOR FUTURE?

FFF ist eine klimakritische Jugendbewegung, welche sich in ihren wöchentlichen Protesten vor allem der Kritik an politischen Versäumnissen widmet, die zur Verschärfung des Klimawandels beitragen. Schon jetzt, nach kurzer Zeit, nimmt die Beteiligung an den Protesten ab und damit gewinnt die Frage, was von der Bewegung übrigbleiben wird an Bedeutung. Diese Entwicklung ist nicht auf eine Schwäche innerhalb der Organisation zurück zu führen, abnehmendes Interesse zeigt sich bei jeder Protestbewegung früher oder später. Um dem Protest für Klimagerechtigkeit eine langfristige Zukunft zu bieten, ist es notwendig, die Proteste in einen größeren gesellschaftlichen Kontext einzubinden. Dies kann in dem Versuch münden die eigenen Anliegen in einer (Protest-) Partei zu kanalisieren, so wie es die Grünen oder Piraten ohne nachhaltigen Erfolg versucht haben. Den Anschluss an linke soziale Bewegungen zu finden scheint uns aus folgenden Gründen erfolgsversprechender zu sein.

Klimaproteste müssen antifaschistisch bleiben

Von Anfang an bemühten sich rechte Strukturen und Parteien, die legitimen Anliegen der streikenden Schüler*innen entweder als dumm, kindlich oder indoktriniert darzustellen. Dies zeigt: Klimaschutz funktioniert nicht ohne Antifaschismus! Es geht darum wie der Lebensraum von allen Menschen geschützt werden kann, nicht nur der eines vermeintlich exklusiven Teils. Aufgrund der Ursachen und Auswirkungen des Klimawandels ist Umweltschutz automatisch ein globales und zugleich mit den Menschen untrennbar verbundenes Anliegen. Die unberührte Natur im Angesicht der eigenen Ohnmacht zum Ideal zu erheben, in dessen Hoheitsgebiet der Mensch durch seine Existenz ungewollt eingedrungen ist, führt auf die gleichen Abwege wie die Argumentation der Verschwörungstheoretiker*innen, den Klimawandel würde es gar nicht geben. Beide Argumentationen greifen auf die archaische Vorstellung zurück, die Natur sei mächtig und unveränderlich. Tatsächlich ist Naturschutz aber immer der Schutz der eigenen Spezies. Der Erde ist es indes völlig egal, ob gerade 100mio. Tonnen Plastik im Meer schwimmen oder ob es 10 Grad wärmer wird. Artensterben gab es

schon immer und die Umwelt wird es auch noch geben, wenn es keine Bienen oder Wale mehr gibt. Die Frage, die sich stellt ist vielmehr, wird es uns dann noch geben und wenn ja, wie wird unser Leben dann aussehen. Diese Frage ist keine rein Ökologische, sondern eine Soziale, die das Zusammenleben der Menschen umfassend hinterfragt. Nicht durch den Rückzug aus der Gesellschaft, sondern durch die Beherrschung der Natur durch den Menschen wird gesellschaftlicher Fortschritt in Wissenschaft, Produktion und Technik und damit effektiverer Umweltschutz möglich.

Ineffektiver Aktionismus - CO2-Steuer & Co.

Die Forderungen von FFF verharren in der kapitalistischen Marktlogik und bieten daher aus zwei Gründen keinen effektiven Weg aus der Klimakatastrophe:

1. Forderungen an den eigenen Nationalstaat, zum Beispiel zur Einführung einer CO2-Steuer, stützen sich auf ein grundsätzlich falsches Politikverständnis. Der bürgerliche Nationalstaat hat im kapitalistischen Wirtschaftssystem die vorrangige Aufgabe, den nationalen Unternehmen eine gute Ausgangslage im internationalen Wettbewerb zu verschaffen, davon hängt seine eigene Existenz und grundsätzlich auch die Lebensgrundlage der „eigenen“ Bevölkerung ab. Forderungen nach strengeren Umweltstandards für die Warenproduktion sehen sich daher immer der Standortlogik gegenüber, wonach diese Forderungen mit Blick auf die fehlende Beteiligung von anderen Staaten und damit aus wirtschaftlichen Gründen abgelehnt werden.

Mithilfe der Standortlogik suggerieren Kapitalbesitzende und Politiker*innen der arbeitenden Bevölkerung gerne, dass alle Angehörige eines nationalen Zwangskollektivs „in einem Boot sitzen“ und mit anderen Zwangskollektiven in Konkurrenz stehen. Diese Einschätzung verstellt den Blick darauf, dass auch innerhalb eines Nationalstaates Konkurrenz herrscht, nämlich zwischen den einzelnen Arbeitnehmer*innen und Unternehmen. Diese Konkurrenz ist für das tägliche Leben weitaus relevanter, denn sie erzeugt Leistungsdruck und verhindert, dass Menschen sich miteinander solidarisieren.

Zweitens profitieren nicht alle Personen gleichermaßen von der Standortlogik. Werden Lohnkürzungen beispielsweise damit gerechtfertigt, dass ein Produktionsstandort nicht in ein anderes Land verlegt wird, schadet die Standortlogik den Arbeitnehmer*innen, während der Arbeitgeber von den niedrigen Löhnen profitiert. Werden aufgrund der Standortlogik Umweltschutzbestimmungen ausgehöhlt oder notwendige Klimaschutzmaßnahmen aufgeschoben, so schadet die Standortlogik allen Menschen, selbst den wirtschaftlichen Nutznießenden. Eine verkürzte Kritik an Reichen, der Elterngeneration per se oder besonders schädlichen Wirtschaftsunternehmen ist daher nicht zielführend, denn die Auswirkungen ihrer eigenen Verhaltensweisen machen früher oder später auch vor ihnen selbst nicht halt.

2. Eine scheinbare Alternative bietet die konsumkritische Veränderung des eigenen Lebensstils (weniger Fliegen, Second-Hand-Kaufen usw.). Die Wirksamkeit dieser Veränderungen wird zum Teil dadurch ausgehebelt, dass der Markt auf Absatzeinbußen mit Preisnachlass reagiert. So führt der Veganismus von Deutschen zu erhöhtem Fleischkonsum in ärmeren Regionen der Welt. Konsumkritik erkennt, dass Produkte im Kapitalismus niemals nachhaltig sein sollen, denn dies steht dem zukünftigen Absatzinteresse der Unternehmen entgegen. Viele Produkte werden nach ihrer Produktion sogar vernichtet, um Preise von neuen Versionen durch Verknappung nach oben zu treiben. Zusätzlich ist die Veränderung von Konsummustern stark davon abhängig, wie viel Geld einer Person zu Verfügung steht. Der Effektivität von freiwilligen Verhaltensanpassungen wird auch durch soziale Unterschiede eine enge Grenze gesetzt. So sind die Ärmsten der Welt auf Billigflüge, Plastikflaschen und allerhand andere umweltschädliche Güter, auf die Wohlhabende freiwillig verzichten können, angewiesen, um am globalen Wohlstand wenigstens geringfügig teilzuhaben. Daher rührt auch die Gefahr, dass politische Maßnahmen, die direkt auf den Konsum der Einzelnen abzielen, zu Lasten der ärmeren Bevölkerungsschichten gehen.

Die Position des Staates und der Unternehmen in der (internationalen) Konkurrenzsituation verstellt die Möglichkeiten auf echte Veränderungen und auch die Einschränkung des eigenen Konsums birgt nur begrenzte Möglichkeiten für soziale und ökologische Veränderungen.

Von der Umweltbewegung zur sozialen Revolte

Soll der Klimastreik nachhaltig wirksam sein, muss die Logik der kapitalistischen Produktion in Gänze in Frage gestellt werden: Wir dürfen uns nicht in Angehörige unterschiedlicher Nationen spalten lassen, sondern müssen erkennen, dass es eines globalen sozialen Kampfes bedarf. Der Vorteil des Standortes ist nicht unser Vorteil, wenn damit Umweltzerstörung, Überproduktion oder Lohndumping einhergehen! Wenn sich Menschen global organisieren können die Standortlogik und die damit einhergehenden Drohungen nicht mehr greifen. Wird das Wirtschaften von allen Beteiligten kollektiv organisiert, dann kann die Warenproduktion an den Bedürfnissen der Menschheit ausgerichtet werden, Überproduktion kann vermieden und Nachhaltigkeitsüberlegungen integriert werden.

Einen sinnvollen Umgang mit den Ressourcen der Natur wird es mit privaten Unternehmen nie geben. Die Abschaffung der Ausbeutung von Mensch und Natur ist ein und dasselbe Ziel und jenes zu realisieren, wird es auch mit Nationalstaaten nicht geben, die dieses Wirtschaftssystem am Leben erhalten. Die Klimaproteste in Form eines Streiks zu organisieren ist ein erster Schritt dem System von Leistungszwang und Konkurrenz eine kollektive Solidarität gegenüber zu stellen, das bezeugen alle negativen Reaktionen bis in die Reihen der Grünen hinein!

Eine kurzfristige ökologische Alternative für die Europawahl bietet die Partei Ökolinx.

Für weitere Informationen besucht:

www.instagram.com/metadiskursiv oder

www.metadiskursiv.noblogs.org